



## für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 9/26 (Nr.56) am 1. Juni 2026

**Wir fahren zur Konferenz der Gesundheitsminister:**

# Hannover, wir kommen!

**Schlechte Arbeitsbedingungen, gedrückte Löhne und gleichzeitig höhere Kosten bei weniger Leistungen? Dazu sagen wir entschieden Nein und machen mobil. Mit Kolleginnen und Kollegen aus den Krankenhäusern und der Pflege fahren wir zur Konferenz der Gesundheitsminister der Länder und der Bundesgesundheitsministerin Nina Warken. Auch der Ortsverein ist dabei.**

Der von der Bundesregierung beschlossene Gesetzentwurf zu Einsparungen in der gesetzlichen Krankenversicherung ist eine Kampfansage an uns alle – sowohl als Versicherte als auch Beschäftigte im Gesundheitswesen. Arbeitnehmer\*innen in Krankenhäusern, Reha-Kliniken, psychiatrischen Einrichtungen und in der ambulanten Pflege sind doppelt betroffen: Die Löhne sollen gedückt, die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden – gleichzeitig sollen Versicherte höhere Zuzahlungen und weniger Leistungen hinnehmen. Widerstand ist angesagt!

Am 9. Juni fahren wir nach Hannover, wo wir uns mit anderen Kolleginnen und Kollegen am 10. Juni zur Demonstration treffen. Am 11. Juni findet im Bundestag die 1. Lesung zum GKV-Beitragssatzstabilitätsgesetz statt.

Die sogenannte Reform der Krankenversicherung sieht Maßnahmen vor, die die Versorgungsqualität gefährden und das Solidarprinzip aushebeln. Errungenschaften wie Personalvorgaben und tarifliche Bezahlung werden infrage gestellt. Den Beschäftigten soll „das Fell über die Ohren gezogen werden.“

Wir wollen keine Politik zu Lasten der Menschen.

Deshalb tragen wir unseren Protest zu denjenigen, die jetzt die richtigen Entscheidungen treffen müssen: die Gesundheitsminister\*innen.

Am 10. Juni demonstrieren wir in Hannover für eine Gesundheits- und Sozialpolitik, die alle schützt. Nicht nur diejenigen, die es sich leisten können.

Nach der Kundgebung am 10. Juni geht es wieder zurück ins Saarland. Wer jetzt noch Interesse hat, kann sich noch bei der Kollegin Lisa Summkeller melden: [Lisa.Summkeller@verdi.de](mailto:Lisa.Summkeller@verdi.de).



## Protestaktion am 16. Mai in Homburg:

# Statt Militärübungen mit Kriegsverletzten - Gesundheit für uns alle

Am 16. Mai 2026 fand eine Protestaktion der Friedensbewegung gegen die militärisch-zivile Großübung SaarEX in Homburg statt. Neben IPPNW, dem Friedensnetz Saar und verschiedenen anderen Gruppen unterstützte auch ver.di Saar-Blies die Aktion. Wir dokumentieren die Ansprache von Michael Quetting für unseren Ortsverband.

*Ich bin Krankenpfleger und ich spreche für den Ortsverein der ver.di Saar-Blies. Heute findet unweit von hier auf dem Gelände der Firma BahnLog eine militärisch-zivile Großübung unter dem Befehl des Landeskommandos Saarland statt. Geübt wird die Versorgung massenhafter Kriegsverwundeter durch*



*Schusswunden, Granatsplitter und Brandverletzungen, die Übergabe und Weiterleitung in die Krankenhäuser. Der Name: „Saar EX“. Die Akteure: Bundeswehr, US-Militär und zivile Blaulichtorganisationen.*

*Warum sind wir dagegen?*

*Wir können doch nichts dagegen haben, wenn wir den Kriegsfall üben, nur so sei er zu verhindern.*

*Dies ist ein Denkfehler.*

*Kommt es zum Krieg hier in Mitteleuropa, dann ist es*



*ein Irrtum zu meinen, dass wir aus dem Gesundheitswesen den Menschen helfen können. Nicht die Vorbereitung eines Krieges verhindert im Atomzeitalter den Krieg, sondern er macht ihn wahrscheinlicher.*



*Was wird heute hier geübt?*

*Es geht um die effiziente Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit von Soldatinnen und Soldaten. Die Gesundheitskräfte werden der Zivilbevölkerung dann nicht mehr im eigentlich notwendigen Umfang helfen können. Die Planungen sprechen von 1.000 Verwundeten pro Tag, die versorgt werden sollen, davon etwa 30 % Intensivpatienten. Natürlich bleiben dann keine Kapazitäten für die normale gesundheitliche Versorgung von Zivilisten, die schon jetzt an ihre Grenzen stößt.*

*Und wie ist die Lage im Gesundheitswesen?*

*Die Lage in den Krankenhäusern, in der Pflege und*



Reha ist ernst. Wir kennen das spätestens seit Corona. Es fehlt an Personal. 70 % aller Krankenhäuser schreiben rote Zahlen.

In dieser Situation wird unser Staat zur Kriegstüchtigkeit aufgeputscht. Das hat unterschiedliche Gründe, die, die das Sagen haben, wollen einen Weg aus den Krisen durch immense Aufrüstung erreichen. Das kostet Geld. Sehr viel Geld. Und das ist letztlich nur zu holen, indem es zu sehr tiefen Einschnitten ins Sozialwesen kommt. Aufrüstung und Sozialabbau - das gehört zusammen. Das sind zwei Seiten der gleichen Medaille.



Gerade aktuell erleben wir das z.B. bei der Krankenversorgung. Die Sparpläne betreffen nahezu alle Bereiche des Gesundheitssystems. Für gesetzlich Versicherte bedeuten sie vor allem: höhere Zuzahlungen bei Medikamenten und einiges mehr. Aber es ist viel mehr. Sie wollen 16,3 Milliarden einsparen. Die Last sollen Versicherte und Beschäftigte im Gesundheitswesen tragen. Das ist im besonderen Maße eine Kampfansage an die Beschäftigten im Gesundheitswesen, an das Personal in den Krankenhäusern,



Reha-Kliniken, psychiatrischen Einrichtungen und in der ambulanten Pflege sind nicht nur als Versicherte betroffen: Die Löhne sollen gedrückt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Durch das Pflegebudget werden die Ausgaben der Krankenhäuser für das Pflegepersonal am Bett vollständig erstattet. Das haben wir in den Auseinandersetzungen der letzten zehn Jahre hart erkämpft. Die Kosten sollen in den kommenden drei Jahren sogar noch um jeweils ein Prozent weniger steigen als die allgemeine Lohnentwicklung und



von neuen Tarifverträgen sollen nur noch die Hälfte über diesem Niveau refinanziert werden. Hinzu kommen weitere Kürzungen in den Krankenhausbudgets. Die Folgen sind absehbar: Stellenabbau, Druck auf die Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen. Die Erfolge der vergangenen Jahre drohen zunichte ge-



macht zu werden. Dabei wollte man doch die Gesundheitsberufe attraktiver machen – nicht zuletzt als Konsequenz aus den Erfahrungen in der Corona-Pandemie.



Der Gesetzentwurf gefährdet die Versorgung der Bevölkerung. Wenn noch mehr Kliniken und Fachabteilungen aus wirtschaftlichen Gründen schließen, noch mehr Fachkräfte ihren Beruf verlassen, schadet das allen.

Anstatt die versicherungsfremden Leistungen zu übernehmen, so z.B. die 12 Mrd. Euro für die Bürgergeldbezieher, will man dafür gerade mal 250 Mio. bezahlen und gleichzeitig den Bundeszuschuss zur GKV um 2 Milliarden kürzen.

Die Folgen sind verheerend. Wir werden erpresst. Jede erkämpfte Tarifierhöhung wird dazu genutzt werden, wieder Personal abzubauen. Der Stress, die Ausbeutung und Ausnutzung drohen zuzunehmen. Gleichzeitig muss befürchtet werden, dass jedes zweite Krankenhaus insolvent geht.

## 85. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion

# International in drei Ländern

**Aus Anlass des 85. Jahrestages des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion (Operation Barbarossa) am 22. Juni 1941 führt der Ortsverein ver.di Saar Blies ein internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg im Drei-Länder-Eck gemeinsam mit Kooperationspartnern durch.**

Der Feldzug zielte auf einen rassistischen Vernichtungskrieg zur Zerstörung des „jüdischen Bolschewismus“: Der gesamte europäische Teil der Sowjetunion sollte erobert, ihre politischen und militärischen Führungskräfte ermordet und große Teile der Zivilbevölkerung dezimiert und entmachtet werden. Mit dem Hungerplan, zu dem die Belagerung Leningrads gehörte, wurde der Hungertod vieler Millionen Kriegsgefangener und Zivilisten einkalkuliert, und nach dem „Generalplan Ost“ sollten großangelegte Vertreibungen folgen, um die eroberten Gebiete anschließend zu germanisieren. Außerdem wurden Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD ausgebildet, die hinter der Front Massenmorde an Juden, Slawen und kommunistischen Funktionären begehen sollten. Zu all dem erteilte das NS-Regime seit März 1941 völkerrechtswidrige Befehle, die von der Wehrmachtsführung ihrerseits übernommen und weitergegeben wurden.

Die Fahrt startet am Sonntag, 21. Juni, pünktlich um 8 Uhr. Von dort fahren wir ins Musée National de la Résistance et des Droits Humains (MNRDH) in Esch-sur-Alzette in Luxemburg. Dort gibt es eine Führung zum Widerstand, zur NS-Repression und zum Holocaust im Land.

Von dort geht es nach Frankreich. Wir machen Rast in Guinkirchen und versammeln uns im dortigen Gemeinschaftshaus der Gemeinde.

Danach fahren wir zum „Camp Ban Saint Jean“ bei Boulay. Hier wurden von Herbst 1941 bis Herbst 1944

vermutlich über hunderttausend sowjetische Kriegsgefangene verwahrt und in unwürdigsten Bedingungen gehalten. 30.000 von ihnen starben an Hunger, Entkräftung, Totschlag oder Erschießungen.

Die ehemaligen Kasernen sind heute eine Gedenkstätte. Am Mahnmahl findet gegen 15 Uhr eine internationale Kundgebung statt.

Neben Reden aus Luxemburg und Frankreich wird die deutsche Arbeiterbewegung durch Hans Ruge vertreten, der mit zwei Liedern die Veranstaltung kulturell aufwerten wird. Unsere Rede wird von unserem Vorsitzenden Rainer Tobae gehalten. „Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus!“ So das Motto. Der Schwur von Buchenwald ist uns Leitmotiv und Mahnung zugleich. Mit diesem internationalen Treffen wollen wir zur Vernetzung der gewerkschaftlichen Friedenskräfte beitragen. Aufrüstung und Sozialabbau verlaufen international. Deswegen ist das Eintreten für Abrüstung und Frieden immer internationalistisch und stützt sich auf den Kampf der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften. Unsere Losung ist: Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter.



25 Jahre ver.di

# Lust auf viel mehr

Am 30. Mai heißt ein Lied von „Die Lustigen Jungs“ aus den 50er-Jahren „Weltuntergang“. Das Lied parodiert eine Weltuntergangsprophezeiung in der damaligen Zeit. Am 30. Mai 2026 feierte ver.di ihren 25. Geburtstag mit einem Fest im Hof des ver.di-Hauses in Saarbrücken. Wir waren dabei.



Vor einem Vierteljahrhundert fand die Fusion von IG Medien, DAG, HBV, ÖTV und DPG zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) statt. Für uns nicht nur Anlass zurückzublicken, sondern auch im Kreise der Kolleginnen und Kollegen einmal zum Feiern. Und so traf man sich auf dem ver.di-Parkplatz und ließ es sich gut gehen.

Die Lage ist ernst, aber von Weltuntergang war nichts zu spüren. Hunderte Kolleginnen und Kollegen feierten ab 15 Uhr in ihrem ver.di-Haus bis spät in die Nacht. Diese Gewerkschafter wollen kämpfen. Sie fordern einen starken und zukunftssicheren Sozialstaat und kritisieren die zunehmende Schieflage in der politischen Debatte, in der der Sozialstaat als unfinanzierbar oder als reiner Kostenfaktor dargestellt wird. So war die Notwendigkeit zu stärkerem Engagement aus allen Gesprächen herauszuhören.



Die Lage ist ernst, aber von Weltuntergang war nichts zu spüren. Hunderte Kolleginnen und Kollegen feierten ab 15 Uhr in ihrem ver.di-Haus bis spät in die Nacht. Diese Gewerkschafter wollen kämpfen. Sie fordern einen starken und zukunftssicheren Sozialstaat und kritisieren die zunehmende Schieflage in der politischen Debatte, in der der Sozialstaat als unfinanzierbar oder als reiner Kostenfaktor dargestellt wird. So war die Notwendigkeit zu stärkerem Engagement aus allen Gesprächen herauszuhören.



Dabei wurde aber auch nicht die Freude vergessen und man hat Lust auf mehr. Das Orgateam, das das Fest vorbereitet, hatte tolle Arbeit geleistet. 180 Kolleginnen und Kollegen feierten bis in die Nacht. Es



klappte alles rundherum. Selten hat eine Fest so viel Spaß gemacht. Freuen wir uns auf die nächsten Jahre.



Wortmeldung eines Kollegen:

# Einheit wahren, Klarheit schaffen

Unser Vorstandsmitglied Michael Quetting, der im Januar 1973 Mitglied der Gewerkschaft ötv wurde, hat die 25 Jahre ver.di aktiv miterlebt. Als ver.di gegründet wurde, war er Vertrauensleutesprecher im Sulzbacher Krankenhaus, 2008 wurde er Krankenpfleger Gewerkschaftssekretär. Er wurde neben Jan von Hagen und Orhan Akman in der Mai-Beilage der Tageszeitung „junge welt“ um seine Meinung zu 25 Jahre ver.di gebeten. Wir dokumentieren Auszüge aus seinem Aufsatz:

*„Man hat nicht einfach weiter gemacht, aber sicher auch nicht alles besser gemacht, und doch wurden wichtige Bewährungsproben bestanden.*

*Es war die Zeit des Schröder-Blair-Papiers und der Hartz-Kommission, 2003 verkündete Gerhard Schröder die Agenda 2010. ver.di positionierte sich gegen den Sozialabbau und organisierte den Protest auf der Straße und setzte mit der NGG das Thema Mindestlohn auf die Tagesordnung. ver.di beschränkte sich nicht nur auf Tarifforderungen, sondern griff aktiv in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein – für soziale Gerechtigkeit und für ökologische Nachhaltigkeit. Diese ver.di hat ihre Rolle als gesellschaftspolitische Akteurin zumindest in einigen Fragen begriffen.*

*Ich selbst war hauptsächlich im Bereich der Gesundheitspolitik tätig. Meine Gewerkschaft hat mir das Werkzeug an die Hand gegeben, um insbesondere in der Krankenhausbewegung, d.h. in der Bewegung für Entlastung, Neues auszuprobieren, um Pflöcke gegen den neoliberalen Zeitgeist zu setzen. Dabei haben wir auch Erfolge erkämpft, die wir anfänglich nicht für möglich hielten.*

*Wir probierten unter schwierigen Bedingungen neue Arbeitskämpftaktiken aus und erarbeiteten uns Ansätze einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Entwicklung, auf die die Kolleginnen und Kollegen zu Recht stolz sein können.*

*Dabei haben wir das Grundverständnis unserer Einheitsgewerkschaft praktisch gelebt. Nur gemeinsam sind wir in der Lage, Kraft und Macht zu entwickeln. Wir können nur gewinnen, wenn wir trotz Meinungsunterschieden zusammenhalten. Dies gilt es stets zu bedenken - gerade auch in schwierigen Zeiten.*

*Wir erleben epochale Umbrüche in der Arbeitswelt, der Klimakollaps zeichnet sich ab. Enorme Transformationsprozesse laufen unter kapitalistischen Bedingungen ab und führen zur weiteren sozialen Polarisierung. Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit spitzt sich zu. Tendenziell nimmt die Lohnarbeit zu, der Anteil von Frauen, von Migrantinnen und Migranten, steigt und damit auch der Versuch, die Klasse zu spalten, da die Angst vor dem Abstieg durchaus begründet ist. Schon Friedrich Engels nannte diese Konkurrenz der Arbeiter gegeneinander in seinem Buch „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ als „die schlimmste Seite der jetzigen Verhältnisse“ und als „schärfste Waffe“ in den Händen der Bourgeoisie, weswegen man Gewerkschaften bilden müsse, um diese Konkurrenz aufzuheben.*

*Gleichzeitig haben wir es mit fundamentalen geopoliti-*



*tischen Veränderungen zu tun. Wir nennen das Vielfachkrise und wir sehen, wie einzelne Krisenerscheinungen ineinandergreifen und sich verstärken.*

*Leider blendet ver.di aktuell die wichtigste Existenzfrage weitgehend aus. Die Kriegsvorbereitung durch den deutschen Imperialismus und die Aufrüstung stellen die Gewerkschaft und die Arbeiterklasse vor komplexe und schwierige Probleme. Man hat den Eindruck, man will das aussitzen und träumt von alten, glücklichen sozialpartnerschaftlichen Zuständen. Von der Wahrnehmung des gesellschaftspolitischen Mandats durch die Gewerkschaften ist in dieser Frage wenig zu spüren. Allerdings werden wir ohne die Gewerkschaften in der Friedensfrage verlieren.*

*Deshalb braucht es vielfältige und anspruchsvolle strategische Klärungen. Dabei gilt es, die Einheit zu wahren und gleichzeitig Klarheit zu schaffen. In diesem Sinne müssen die progressiven Kräfte in den Gewerkschaften wirken, wir brauchen zeitnah eine breite gewerkschaftliche Debatte zu unseren Antworten. Da viele Gewissheiten zusammenbrechen, ist es unsere Aufgabe, diese strategischen Diskussionen zu führen und gleichzeitig durch unsere Tat Fakten zu schaffen.*

## Der Ortsverein und die Friedensbewegung

# Klartext von Ulrike Eifler

Die Militarisierung ist ein Angriff auf die Interessen der abhängig Beschäftigten, sie stellt die Gewerkschaften vor große Herausforderungen. Darüber sprachen wir am 13. Mai mit der bekannten Friedensaktivistin Ulrike Eifler. Sie war Gast des Ortsvereins, das Thema: „Gewerkschaften in Zeiten aktiver Kriegsvorbereitung“. Es wurde eine Veranstaltung gegen das mutlose Schweigen.

Die IG Metallerin aus Würzburg war schon vor zwei Jahren Gast des ver.di Ortsvereins gewesen und hatte in sechs „Ebenen“ damals die Zeitenwende analysiert. Sie knüpfte jetzt daran an und machte die Vertiefung der Krise und den Angriff auf unsere Rechte ebenfalls auf diesen sechs Gebieten deutlich. Sie vertrat die These, dass die Phase der Kriegsvorbereitung eingetreten sei, immer mehr Teile der Gesellschaft würden dem Militär untergeordnet. Bestimmend sei die Rechts- und Regellosigkeit in Bezug auf das Völkerrecht, was auch im Inneren des Landes zu einer Respektlosigkeit in Bezug auf das Arbeitsrecht führe. Wir würden in einer Zeit der enormen Gefahren leben, was von den Gewerkschaften den Willen zur Entschlossenheit verlange, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich zu wehren. Der Kapitalismus dürfe nicht das Ende der Geschichte sein.



Mit dem Angriff auf den Iran sei eine noch tiefere Weltwirtschaftskrise ausgelöst worden. Dabei haben wir es seit der Corona-Pandemie mit einer sich ständig verschärfenden Krise der Lebenshaltungskosten zu kämpfen. Die Bundesregierung kommt mit ihrer Politik nicht aus der Krise heraus, man meine, man würde durch Hochrüstung verlorenen Einfluss gewinnen können und gebe deshalb die Losung aus, in Europa zur stärksten Militärmacht werden zu wollen. Um dieses zu erreichen, muss die gesamte Gesellschaft militarisiert werden. Dazu gehöre in besonderem Maße der Angriff auf den Sozialstaat, auf das Bildungssystem, das Gesundheitswesen, aber auch auf die Demokratie und die völlige Missachtung der ökologischen Notwendigkeiten.

Die Industriegewerkschaften sehen sich einem Pro-

zess der umgekehrten Konversion gegenüber. Zivile Produktion wird auf militärische Produktion umgestellt und klassische friedenspolitische Positionen drohen dabei unter die Räder zu geraten. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes müssen den Verteilungskampf unter den Bedingungen zugespitzter Haushaltslagen führen und sind mit einer zunehmenden Unterordnung der Daseinsvorsorge unter ein militärisches Nützlichkeitsprinzip konfrontiert. Gleichzeitig zeigt der öffentliche Diskurs über das GKV-Gesetz, Arbeitszeitflexibilisierung, Karenztage und Bürgergeld, dass die militärpolitische Zeitenwende enorme sozialpolitische Auswirkungen nach sich zieht.

Die Referentin empfahl aber nicht nur auf die Probleme mit Sorgen zu schauen, die politische Situation sei auch von Chancen geprägt. Sie nannte die beein-





druckenden Proteste in England, Belgien und den USA.

Auch innerhalb der Gewerkschaften in Deutschland tue sich doch einiges. Das hat sich auch gerade auf dem DGB-Kongress gezeigt, von dem Ulrike direkt von Berlin nach Saarbrücken gekommen war.

Die Gewerkschaftsdelegierten beschlossen zwei Anträge, die friedenspolitisch relevant sind: 74 Prozent sprachen sich für einen Antrag des Bundesjugendausschusses und damit gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. Noch mehr votierten für den kurzfristig vom DGB-Bundesvorstand eingebrachten Initiativantrag „Friedensfähig statt kriegstüchtig – unser gewerkschaftlicher Auftrag in unsicheren Zeiten“. Dieser Beschluss scheint seine Motivation im steigenden Druck innerhalb der Gewerkschaften gehabt zu haben. Man mag nicht mit allen Sätzen darin einverstanden sein, er ist aber von der Einsicht in die verheerenden Folgen einer unbegrenzten Hochrüstung geprägt. Die Politik der „Kriegstüchtigkeit“ wird abgelehnt, der Wille der Gewerkschafter, Teil der Friedensbewegung zu sein, wird betont.

Frank Werneke, dem als Verdi-Vorsitzenden die Begründung des Initiativantrags zukam, kritisierte die absurde Höhe der künftigen Ausgaben für das Militär, wenn das Fünfprozentziel der NATO, zu dem sich die Bundesregierung bekennt, umgesetzt wird. Mit 220 Milliarden Euro würde es sich um die Hälfte des Bundeshaushalts handeln. Das sei auch dann nicht zu



verantworten, wenn die Ausgaben nur über Schulden finanziert würden. Spätestens, wenn die Zinsen anfallen, landen die Ausgaben im Bundeshaushalt, so Werneke. Er fragte, warum Deutschland als einziges europäisches Land einen höheren Militärhaushalt haben soll als Russland. Er bezeichnete den Beschluss als „Rahmen für Debatten in den Gewerkschaften“. Dies wurde u.a. von Ulrike Eifler positiv aufgegriffen. Sie warb für die vierte friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz im Juli in Würzburg. Wir werden die Debatte weiterführen müssen.

Unser Mitglied Andreas Heiske führte im Anschluss an die Veranstaltung in Saarbrücken ein Interview mit Ulrike Eifler, das er auf YouTube veröffentlichte. Hier der Link: <https://t1p.de/5j06c>

## Zweite Runde für den Pfllegetag

# Erfolge der letzten Jahre drohen zunichte gemacht zu werden

Nach dem Pfllegetag in Saarbrücken im Jahr 2025 fand am 22. Mai 2026, der zweite Pfllegetag Saar auf dem Schlossplatz statt. Da die Sekretärinnen und Sekretäre an diesem Tag eine Klausur mit dem Bezirk hatten, bat man den Ortsverein um Unterstützung. Und selbstverständlich wollten 17 Kolleg\*innen des Ortsvereins angesichts der Kampfansage an die Beschäftigten im Gesundheitswesen die Position unserer Gewerkschaft offensiv vertreten.

Ziel des saarländischen Pfllegetages ist es, Interesse an Pflegeberufen zu wecken und über deren Inhalte zu informieren und aufzuklären. Der Pfllegetag wird von der Konzertierte Aktion Pflege Saar des saarländischen Sozial- und Gesundheitsministeriums in Zusammenarbeit mit der Arbeitskammer des Saarlandes und in Kooperation mit dem Universitätsklinikum des Saarlandes, dem Klinikum Saarbrücken und dem mexikanischen Konsulat in Frankfurt veranstaltet.

Einer der etwa 70 Stände wurde von der ver.di ge-



staltet, die in der Konzertierte Aktion mitarbeitet. Unser Ortsverein rückte mit zehn Kolleginnen und Kollegen auf dem Schlossplatz an, um unsere Gewerkschaft nicht allein zu lassen. Uns ist es wichtig, dass die Vorschläge der Gewerkschaft den Pflegepersonen, insbesondere den Auszubildenden, zur Kenntnis gebracht werden. Die Arbeit in der Pflege ist auch deshalb so interessant, weil hier die Kolleginnen



und Kollegen in den letzten Jahren einiges erreichen konnten. Solidarität wird unter Pflegekräften großgeschrieben.

Insgesamt gab es ein vielfältiges Angebot für Jung und Alt – von Live-Reanimationsübungen, über die Möglichkeit, einen Alterssimulationsanzug selbst auszuprobieren, bis zu einem VR-Brillen-Erlebnis und Kinderschminken. Außerdem wurde auf der Open-Air-Bühne zwischen 10 und 17 Uhr ein abwechslungsreiches Programm aus internationaler und regionaler Musik, Tanz und Kultur geboten.



ver.di informierte über ihre Vorstellungen zur Gesundheitspolitik und warb für einen Klinikaufrüst. Das sogenannte Beitragsstabilitätsgesetz setze die Existenz zahlreicher Krankenhäuser aufs Spiel, erklärte Rainer Tobae. Es drohen Personalabbau, höhere Belastungen für die Beschäftigten und neue Anreize zur Tariffucht. Deswegen fahren wir auch mit zum Protest zur Gesundheitsministerkonferenz. Da kann man noch so viele Pfllegetage veranstalten, auch eine Konzertierte Aktion Pflege wird nichts nützen. Geändert werden muss die Politik.

Senioren tagten in Kirkel:

# Der Aufstand und nicht die Ruhe sei unser Stand

**Am 16. Mai trafen sich die Delegierten der beiden Ortsvereine der Seniorinnen und Senioren des ver.di-Bezirks und führten ihre Konferenz durch. Das Referat hatte die Angriffe auf den Sozialstaat zum Inhalt.**

Dreißig Delegierte der Senioren im Bezirk Region Saar-Trier, mittlerweile in zwei Senioren-Ortsvereinen organisiert, trafen sich zur Konferenz in Kirkel und wählten Ilse Kollmann zu ihrer neuen Vorsitzenden, Dagmar Fischer-Maurer wurde ihre Stellvertreterin. Ferner wurden Gabriele Scülfort, Detlef Gillmann und Harald Lang in den Bezirksseniorenvorstand gewählt. Herzlich bedankte sich Ilse Kollmann bei den ehemaligen Vorstandsmitgliedern, insbesondere bei man sich bei der ehemaligen Vorsitzenden Gabriele Neufang-Bodmann, die krankheitsbedingt leider nicht an der Konferenz teilnehmen konnte. Den Bericht hielt deshalb Helmut Heinz. Geschäftsführer Christian Umlauf betonte in seinem Grußwort die Bedeutung der gewerkschaftlichen Solidarität, er betonte, dass auch die Seniorinnen und Senioren in ver.di ein wich-



tiges Gewicht hätten, man brauche ihre Erfahrungen und ihr gesellschaftliches Engagement.

Das Kurzreferat wurde von Michael Quetting gehalten und trug den Titel „Angriff auf den Sozialstaat - Rentnerinnen und Rentner im Abseits.“ Quetting klagte an: „Wir haben geschuftet und geackert. Jahrzehntelang – und trotzdem landen viele von uns Alten in der Armutsfalle. Und es soll schlimmer werden.“

Den Generationenkonflikt zwischen Jung und Alt bei der Rente bezeichnete er als „konstruiert“. Es gäbe keinen Generationenkonflikt, betonte der Referent. Es gehe durchaus nicht nur um die Rente der Rentnerinnen und Rentner, sondern besonders um die Rente der zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Statt Jung gegen Alt in Stellung zu bringen, müsse endlich die Schiefelage im System beseitigt werden, betonte der Referent.

Schon jetzt sei jede fünfte Person über 65 armutsgefährdet. Von denen wiederum sind immer mehr trotz Ruhestand erwerbstätig – oft, weil sie sonst nicht über die Runden kommen.

Michael Quetting begrüßte ausdrücklich die geplanten Aktivitäten des Bezirkes unter dem Motto „Kommunen am Limit - Demokratie am Abgrund“ und rief zur aktiven Beteiligung auf.

Es sei an der Zeit, sich zu bewegen. Kollege Michael rief den Delegierten zu: „Der Aufstand und nicht die Ruhe sei unser Stand. Lassen wir uns nicht ins Abseits stellen. Verteidigen wir unseren Standard, den unsere Vorfahren und wir erkämpft haben. Und stürmen wir nach vorne. Jung und Alt gemeinsam!“

Die Konferenz verabschiedete fünf Anträge. Inhaltlich ging es um Maßnahmen zur Verbesserung des Informationsflusses untereinander und um günstige Bedingungen für den öffentlichen Nahverkehr.

Gewählt wurden auch die Delegierten zur Landesbezirkssenioren\*innenkonferenz am 26.8.26 und zur Bezirkskonferenz am 29.10.26 sowie die Nominierungen für die entsprechenden Gremien.



**FRIEDENSKONFERENZ SÜDWEST**

**Globale Umbrüche, Repression und Gegenstrategien mit regionaler Vernetzung**



**Block 1: Geopolitische Analyse**  
mit Peter Wahl, Publizist mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen

**Block 2: Gesellschaftliche Formierung, Meinungsmanipulation, kognitive Kriegsführung und Repression**  
mit Ninon Colneric, Rechtswissenschaftlerin ehem. Richterin am Europäischen Gerichtshof und Renate Dillmann, Politikwissenschaftlerin und Journalistin

**Block 3: Vernetzung**  
Vom Podium aus werden Kampagnen, Initiativen und Ideen vorgestellt und diskutiert.

**So. 5. Juli 2026 | 12 - 18 Uhr in Karlsruhe,**  
großer Saal im Akropolis-Ziegler-Restaurant, Baumeisterstraße 18

Weitere Infos zu Programm, Veranstaltungsort und Anmeldung:  
[https://friedensvernetzung-suedwest.de/2026-07-05\\_tagesveranstaltung/](https://friedensvernetzung-suedwest.de/2026-07-05_tagesveranstaltung/)

**OV Saar-Blies.**

**Gewerkschaftstreff am 11. Juni in Saarbrücken**

Am Donnerstag, 11. Juni um 18 Uhr, findet das nächste Treffen unseres Ortsvereins statt. Entsprechend den Vorschlägen befassen wir uns diesmal mit keinem speziellen Thema. Die künstliche Intelligenz



wird im Juli unser Thema sein. Diesmal wollen wir in lockerer Runde einfach ein wenig diskutieren und Gedanken austauschen, ohne das auf ein spezielles Thema zu beschränken. Das war der Wunsch der Kolleginnen und Kollegen, dass wir dazu regelmäßig Raum schaffen, ohne uns selbst eine Zwangsjacke anzulegen.

Schön, wenn Du vorbeikommst und mit uns diskutierst. Gewerkschaft macht Spaß.



**Im Oktober:**

**Bezirksvorstand bereitet Konferenz vor**

Die Bezirksvorstandssitzung des ver.di Bezirks Region Saar Trier befasste sich am 26. Mai mit der weiteren Vorbereitung der Bezirksdelegiertenkonferenz am 29. Oktober.

Der Bezirksvorstand beriet unterschiedliche Personalvorschläge und Strukturfragen im Rahmen der Organisationswahlen. Unsere Vorsitzende Susanne Kasztantowicz gab bekannt, dass sie für die neue Periode nicht mehr als Vorsitzende kandidiere.

Ferner wurde über die zahlreichen Angriffe auf den Sozialstaat diskutiert und über die Notwendigkeit der Gegenwehr beraten. Geplant wird ein Bündnis zur Sozialstaatsdebatte „Kommunen am Limit“. Im September soll es in Kirkel zum einem Aufschlag kommen.

Der Bezirksvorstand stimmte den Anträgen für den Aktions- und Kampagnenfond zu. So schafft sich die Betriebsgruppe bei der SHG Völklingen eine Popcornmaschine für Aktionen an und die Teilnahme von drei Kolleg\*innen an der gewerkschaftlichen Friedenskonferenz wird materiell unterstützt.



**24. und 25. Juli**

**4. Gewerkschaftskonferenz für den Frieden**

Auch in diesem Jahr wird wieder eine Gewerkschaftskonferenz für den Frieden stattfinden: Am 24./25. Juli in Würzburg bei der Kolping-Akademie. Auch dieses Jahr werden spannende Diskussionen erwartet. Ausrichter ist die RLS in Kooperation mit der IG Metall Würzburg. Gerade in diesen Zeiten ist eine starke gewerkschaftliche Stimme für den Frieden wichtiger denn je.

## Tag der Befreiung

# Im Lager Neue Bremm den Opfern gedacht

Am 8. Mai 1945 wurde Deutschland und ganz Europa von der Geißel des Faschismus befreit. Diesem Ereignis verdanken wir Nachgeborenen die Möglichkeit eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt.



Unter dem Motto „Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg“ lud die VVN-NdA zur Kranzniederlegung auf dem Gelände des ehemaligen Gestapo-Lages



„Neue Bremm“ ein. Gekommen waren auch Antifaschisten aus Frankreich. Unter den Gedenkenden aus Deutschland auch einige Vertreterinnen und Vertreter des Ortsvereins Saar-Blies.



## 8. Mai in Saarbrücken

# Nein zur Wehrpflicht

Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung, an dem 1945 die Wehrmacht nach der größten von Deutschland verschuldeten Katastrophe kapitulierte. Damals endete das unfassbare Leid des Zweiten Weltkriegs in Europa mit Elend, Zerstörung und bis zu 80 Millionen Toten.

An diesem Tag fand die 3. Runde der Schulstreiks gegen die Reaktivierung der Wehrpflicht in über 100 Städten statt. So auch in Saarbrücken. Das Erstaunliche bei den jungen Demonstranten ist der Umstand, dass sie nicht nur wütend sind, sondern dass sich bei ihnen die Wut in Widerstand verwandelt hat. Davon können wir Älteren lernen. Das meinte auch eine kleine Gruppe der ver.di, die ich an dem Protest und der Demonstration beteiligte.



Die Proteste sind ein Ausdruck des wachsenden Widerstands junger Menschen gegen den neuen Bellizismus in unserem Land, der auch jüngere Jahrgänge in eine militärische Fremdbestimmung einbinden will.

Es sei richtig und verantwortungsbewusst, dass sich die Jugendlichen gegen den sich ausbreitenden Militarismus wehren, meinten die Aktivisten. Wir wollen unser Land nicht „kriegstüchtig“ machen, wir wollen die Friedensfähigkeit stärken. „Nie wieder Krieg“, „Nie wieder Kriegstüchtigkeit“, „Nie wieder Wehrpflicht“, so der Vorsitzende Rainer Tobae.

Die Ablehnung der Wehrpflicht sei ein wichtiger Beitrag, um die sich ausbreitende Militarisierung zu stoppen, die unsere Gesellschaft negativ verändert. Rainer Tobae meinte, er habe den Traum von einer besseren Welt nicht aufgegeben. Deshalb unterstütze er die Schulstreiks gegen die Wehrpflicht. Der neue Bellizismus müsse gestoppt werden.

### Impressum:

#### Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier  
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt; [christian.umlauf@verdi.de](mailto:christian.umlauf@verdi.de)

OV-Vorsitzender: [Rainer.Tobae@web.de](mailto:Rainer.Tobae@web.de)

Redaktion und Bestellung: [Michael@Quetting.de](mailto:Michael@Quetting.de)

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf